



Achtung Haushaltsschwindler!

SÖS – ja zum sozialen Stuttgart – nein zum Streichkonzert

Es ist Vorsicht geboten, denn die Zeiten sind hart, auch in Stuttgart, und in harten Zeiten sind sie besonders umtriebig, die grauen Damen und Herren in Schlips und Kragen im Parlament und auf der Bürgermeisterbank. Sie wollen nur das Beste, sagen sie, um das Sparen käme eben niemand mehr herum. In diesen schweren Zeiten müssten nun einmal alle den Gürtel enger schnallen.

Liebe Leserin, lieber Leser, bevor ihnen anhand des angekündigten Streichkonzertes Hören und Sehen vergeht, beantworten sie noch schnell eine kleine Frage: „Glauben Sie etwa im Ernst, man könne diese Krise einfach so wegsparen?“ Der Stuttgarter Gemeinderat scheint diesen Schwindel zwar zu glauben, sonst hätte er nicht fast einstimmig eine Haushaltssperre für das Jahr 2009 beschlossen, aber was ist mit Ihnen? Hat Sie eigentlich jemand gefragt, was Sie für richtig halten? Wohl eher nicht! Denn, dass Ihnen die grauen Damen und Herren einfach ihre Vogelstraußmethode verkaufen, ist Methode. Wenn die lieben Bürgerinnen und Bürger erstmal den Kopf in den Sand gesteckt haben, können die grauen

„Wir wollen nicht einfach die Symptome eines kranken Systems managen.“

Damen und Herren endlich wieder schalten und walten, wie sie es gewohnt sind und kein Mensch stellt mehr diese lästigen Fragen nach den Ursachen und Verursachern dieser Krise. Wir, vom parteifreien Bündnis, wollen statt den Kopf in den Sand zu stecken und mit dem Rasenmäher zu sparen, einen alternativen Haushalt. Einen Haushalt, der die Fehlinvestitionen der letzten Jahre klar benennt und den Reichtum, den diese Stadt immer noch hat, so umverteilt, dass uns endlich in Stuttgart eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise für alle gelingt. Wir wollen nicht einfach die Symptome eines kranken Systems managen. Deswegen werden wir auch nicht darüber schweigen, welchen Beitrag diese reiche Landeshauptstadt zur Krise auf den Finanzmärkten und zur Katastrophe beim Klima selber geleistet hat. Aber weil wir wissen, dass die Krise wahrscheinlich erst 2010 richtig in Stuttgart ankommt, ist für uns klar, dass wir in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Investitionen in unsere Daseinsvorsorge brauchen. Wir müssen dringend in Kultur und Bildung investieren, nicht nur weil diese unsere

Vernunft

Das wünscht sich Kämmerer Föll vom Gemeinderat. Als er das Haushaltssicherungskonzept vorstellte, konnte er es sich nicht verkneifen, anzumerken, dass alles andere als eine Zustimmung zu seiner Giftliste ziemlich unvernünftig sei. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke findet es aber nicht vernünftig, die Schulen verrotten zu lassen, an Kultur und Gesundheit zu sparen und das städtische Personal weiter auszupressen. Soll das vernünftig sein, an unserer Daseinsvorsorge zu sparen, um uns Stuttgart 21 und den Rosensteintunnel zu leisten? Daher sollte niemand Angst haben, unvernünftig sein und laut zu sagen, wie er sich die Zukunft Stuttgarts vorstellt. Eine Stadt ist kein Unternehmen, in der ein paar Manager einfach über Vermögen und Vernunft aller bestimmen. Und damit die Zukunft der Kinder versauen. Ihr Hannes Rockenbauch



... Achtung Haushaltsschwindler!

Stadt bunter und lebendiger machen, sondern weil sie die Grundlage einer Stadtgesellschaft bilden, die stark genug ist, diese Krise zu bewältigen.

Wir müssen den Rotstift nicht bei Kultur, Bildung und der Daseinsvorsorge ansetzen, sondern ihn bei ein paar gewaltigen Fehlinvestitionen der letzten Jahre zu zücken. So liegen z.B. allein für Stuttgart 21 momentan 200 Mio. Euro auf der Bank. Rechnet man noch die 474 Mio. Euro für die Grundstückskäufe hinzu, wären ohne diese Fehlinvestition weder die vom Kämmerer Föll geplante Neuverschuldung noch die Spar-

vorschläge von jährlich 50 Mio. Euro nötig. Ein alternativer Haushalt kann aber noch viel mehr: Was wäre denn z.B. dagegen einzuwenden, wenn die Stadt, anstatt Anteile an der international spekulierenden LBBW zu halten, lieber eine Stadtparkasse betreiben würde? Mit dem gesparten Geld könnten wir uns wieder Stuttgarter Stadwerke leisten, die uns mit Wasser und Energien aus erneuerbaren Quellen versorgen könnten. Oder was wäre daran so falsch, anstatt Anteile an einer Messe zu besitzen oder an einem Flughafen, der gegen jede ökologische Vernunft an einer zweiten Start-

bahn festhält, stattdessen unsere maroden Schulen zu den modernsten und ökologischsten im ganzen Land auszubauen? Genau diese Fragen wollen wir mit unserem alternativen Haushalt diskutieren. Uns ist wichtig, dass diese Diskussion nicht alleine im Gemeinderat geführt wird. Deswegen, liebe Leserinnen und Leser überlassen Sie die Zukunft Stuttgarts nicht den grauen Herren und Damen. Mischen Sie sich ein! Diese Stadt hat mehr verdient als eine große Koalition der Neinsager! Mehr zum alternativen Haushalt in der nächsten Ausgabe!

Fraktionsgemeinschaft SÖS mit den LINKEN

Das Parteilose Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) hat in zwei Diskussionsrunden die Entscheidung getroffen, mit

in den Bezirksbeiräten das Wahlergebnis widerspiegeln und das Mitwirken in fast allen Bezirksbeiräten der Stadt ermöglichen.

SÖS Stadtrat Hannes Rockenbach betont: „Das Parteilose Bündnis Stuttgart ökologisch sozial (SÖS) ist und bleibt ein Bündnis von BürgerInnen, welche Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und direkte Demokratie in der Kommunalpolitik verwirklicht wissen wollen. Daran ändert sich durch diese Fraktionsgemeinschaft auch nichts, zumal es in dieser Fraktion keine Fraktionsdisziplin geben wird und damit unser Charakter als basisdemokratische Initiative erhalten bleibt“. Deren Ziele sind nach wie vor:

verträgliche Nahverkehrsabgabe; Energie- und Wasserversorgung wieder zu 100 Prozent in kommunaler Hand.

- Direkte Demokratie stärken: Ein Haushalt, der durch die Bürgerinnen und Bürger bestimmt wird (Bürgerhaushalt) und die Stadtplanung nach Investorenart beendet, kein Da Vinci, keine Galeria Ventuno, kein Stuttgart 21.
- Die soziale und solidarische Stadt: Statt auf teure und unnötige Projekte, setzen wir auf den Ausbau und die Renovierung von Krippen, Tagheimen und Schulen sowie auf die angemessene Finanzierung qualifizierten und ausreichenden städtischen Personals.

„Die Entscheidung von SÖS für eine Fraktionsgemeinschaft begrüße ich sehr“, so Ulrike Küstler von den LINKEN, „wir werden uns in den meisten Anliegen – wie schon in der Vergangenheit – verständigen können.“ www.s-oe-s.de



Die Fraktion (SÖS/LINKE): Gangolf Stocker (SÖS), Tom Adler (LINKE), Maria-Lina Kotelmann (SÖS), Hannes Rockenbach (SÖS), Ulrike Küstler (LINKE)

den beiden GemeinderätInnen der LINKEN eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen.

Eine Fraktionsgemeinschaft wird in vielen Gremien des Gemeinderats, in seinen Ausschüssen, im Ältestenrat und nicht zuletzt

halten bleibt“. Deren Ziele sind nach wie vor:

- Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen: Keine weitere Flächenversiegelung, Verkehrswende durch flächendeckendes Tempo 30, eine Citymaut und eine sozial-

Empörung im Rathaus – wer sind die Radikalen?

Es war zu erwarten: Bürger protestieren friedlich, gegen unsoziale Haushaltskürzungen. Sie legen sich vor den Sitzungssaal des Rathauses hin – „Nicht auf unserem Rücken“, sehr anschaulich, und schon sind sie die Radikalen. Herr Wörner (StZ) schreibt von den „extremen Kräften von SÖS und Linken“.

Hier wird doch alles auf den Kopf gestellt, die Kritiker zu Tätern gemacht. Radikal ist das Streichkonzert des Gemeinderats, radi-

kal und unsozial sind die Milliarden Euros, die den Banken in den Rachen geworfen wurden. Dies war und ist eine marktradikale Politik mit kriminellen Auswirkungen, die in den letzten Jahren bis heute von CDU, SPD und FDP unterstützt wurde. Die Haushaltsperre ist eine Fortsetzung dieser Radikalität. Und die Folgen v.a. für die jetzt schon Armen werden „extrem“ sein.

Nach den Wahlen sprechen CDU und SPD in Stuttgart den Wählern das Recht auf laut-

starken Protest ab. Denn nach den Wahlen hat der Bürger – das potentielle Opfer der Sparpolitik – zu schweigen und in Demut das Kreuz zu ertragen, das er gemacht hat. Und eine unbequeme Volksmeinung ist für diese Damen und Herren immer unausstehlicher Druck, siehe Stuttgart 21.

Hinter verschlossenen Türen werden sie vom lästigen Pöbel reden. Dieser undemokratische Geist prägt das Jammern dieser Politiker.

Stuttgart 21 – wird Grube vorgeführt?

„Vom 15. März an wird gebaut“, titeln die Stuttgarter Nachrichten am 17.10.09 Träfen die Meldungen über einen möglichen Baubeginn von Stuttgart 21 zu, dann wären die Signale für Stuttgart 21 hinter dem Rücken von Bahnchef Grube auf Grün gestellt worden. Zu dieser Einschätzung kommt das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21. Nachdem Bahnchef Grube stets betont, Stuttgart 21 bis Jahresende einer abschließenden Kostenprüfung unterziehen zu wollen, gibt die zweite Reihe bereits den Startschuss. Das Bahnprojekt hätte dann in einem hektischem Wettlauf gegen den Bahnchef seinen endgültigen Durchbruch



geschafft. Das Aktionsbündnis ist gespannt, ob sich Bahnchef Grube das gefallen lässt. Wenn nicht, sollten auch hier ein paar Köpfe rollen.

Im Übrigen hält es das Aktionsbündnis für völlig unseriös, zum jetzigen Zeitpunkt dreistellige Millionenbeträge als Mehrkosten für Stuttgart 21 in den Raum zu stellen. Erst

wenn die noch fehlenden Planfeststellungsabschnitte Flughafenanschluss und Abstellbahnhof Untertürkheim mit den dazu gehörigen Angeboten aus den Ausschreibungen vorliegen, kann eine erste seriöse Kostenschätzung abgegeben werden. Und dann werden sich die Kosten – wie vom Bundesrechnungshof und dem Planungsbüro Vieregg&Röbler berechnet – verdoppeln.

Es verwundert auch nicht, dass solche „Vollzugsmeldungen“ zu einer Zeit passieren, in der gerade der Haushalt 2010/2011 beraten wird. Schließlich soll niemand im Gemeinderat auf die Idee kommen, die 200 Millionen Euro-Rücklage für Stuttgart 21 für Bildung, Kultur und Soziales verwenden zu wollen.

Wer sich beim Thema Stuttgart 21 ein wenig auskennt, der spürt auch deutlich viel heiße Luft hinter solchen Bauvollzugsmeldungen. Volker Grube, der neue Bahnchef; hat jedem, der es hören will, in den letzten Wochen immer wieder angekündigt, dass die Bahn die Kosten von Stuttgart 21 nochmals überprüfen wird. Es ist meines Erachtens die Ankündigung vom Aufstieg. Umso lauter pfeifen diejenigen im Wald, die ihr politisches Schicksal mit Stuttgart 21 verbunden haben.

► **Inzwischen hat Wolfgang Drexler (Mister S21) die Baubeginnmeldung der Stuttgarter Nachrichten offiziell dementiert. Offen bleibt, wer hinter dieser Ente steckt.**

Gangolf Stocker, Gemeinderat SÖS

Es wird beschönigt und beschwichtigt
Nun soll der Irrsinn Tiefbahnhof doch beginnen, obwohl noch keine Baugenehmigung und keine endgültige Finanzierung vorliegt und die Stuttgarter Bürger trotz Mister Stuttgart 21 weiterhin nicht auf alle Unwägbarkeiten, Einschränkungen und den Baulärm über Jahre hinweg unterrichtet sind. Im Kopfbahnhof müssen zum Bau der Tiefbahnhofgrube die Bahnsteige ca. 150 m vorgeschoben werden und dazu müssen aus – und wieder eingebaut werden 15,3 km Gleise, 151 Weichen, 334 Signale und die gesamte elektrische Oberleitung aber nicht nur vor Ort, sondern auch auf der Stelltafel des Zentralstellwerks.

Mit diesem radikalen Umbau hätte der alte Kopfbahnhof für alle Zeiten saniert, finanziert und für die Neubaustrecke tauglich gemacht werden können. Erschütternd auch die kaum mehr nachvollziehbaren Aussagen von Herr Drexler über 5000 neue Bäume verschiedener Größe im Schloßgarten und die absurde Aussage, daß trotz Reduzierung der Druckfestigkeit der neuen 66 km langen Tunnelröhren von 4 000 Kg/qm auf 2 000 Kg/qm es völlig klar sei, daß hierdurch nicht an der Qualität und Sicherheit gespart würde. Staufen läßt grüßen. Offenbar wird auch bei der Reduzierung von Tunnelfluchtstollen statt alle 500 m auf 1000 m die Sicherheit nicht tangiert. Hier wir in unglaublichem Umfang beschönigt und beschwichtigt.

Leserbrief an die StN von **Egon Hopfenzitz**, ehem. Bahnhofsvorsteher des Hauptbahnhofs Stuttgart

Veranstaltungen

Die Folien des Herrn Schuster oder Stuttgart 21 verkehrt ...

Veranstaltung am 27. Oktober 2009, 19 Uhr, Rathaus Stuttgart, Großer Sitzungssaal

Seit mehr als einem Jahr zeigt der Stuttgart 21 Fan-Club, allen voran OB Wolfgang Schuster, die neuen Kleider von Stuttgart 21. Ein Folien-Vortrag behauptet die unvergleichlichen Vorzüge von Stuttgart 21 und die bedauerlichen Pläne der K21-Amateure. Das schauen wir uns mal an.

Wer zu spät kommt, den erwartet wieder einmal „Wegen Überfüllung geschlossen“. Also kommen Sie rechtzeitig.

Foto-Ausstellung zum Widerstand gegen Stuttgart 21

Ab 20. Oktober bis 19. November, Rathaus Stuttgart, Erdgeschoss

Klimakatastrophe- was können wir in Stuttgart tun. Veranstalter: KUS-Stuttgart (s. Seite 4)
Dienstag, 1. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Rathaus Stuttgart, großer Sitzungssaal, 3. Stock



Eltern in Möhringen protestieren gegen Mobilfunkmasten

Eltern von Kindern des Naturkindergartens in Möhringen protestieren gegen den geplanten Bau eines Mobilfunkmasten. Mit einem Brief an alle Fraktionen des Gemeinderats bitten sie um Hilfe bei der Verhinderung des Masten. SÖS unterstützt die Eltern. Schon der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König forderte: „Die Umgebung von Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser sollte für Sendeanlagen Tabu sein.“ SÖS Stadtrat Gangolf Stocker schrieb an die Eltern: „Sie haben mit Ihrem Protest gegen den Bau eines Mobilfunkmasten vollkommen Recht: Die von diesen Masten gesendete Dauerstrahlung gefährdet die Gesundheit.“

Der BUND hat dies in seinem Positionspapier drastisch formuliert: 'Die Gesundheit der Menschen nimmt Schaden durch flächendeckende, unnatürliche Strahlung mit einer bisher nicht aufgetretenen Leistungsdichte. Kurz- und langfristige Schädigungen sind absehbar und werden sich vor allem bei der nächsten Generation manifestieren, wenn nicht politisch verantwortlich und unverzüglich gehandelt wird.'

Die Bundesregierung selbst gibt zu, dass zu den Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung auf Kindern keine Forschungen gemacht wurden und ein großer Klärungsbedarf besteht ... Gerade die in letzter Zeit veröffentlichten Studien bestätigen, dass eine Vorsorgepolitik dringend notwendig ist ...

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass die IHK Ulm ihr neues Gebäude gegen-Hochfrequenzstrahlung abschirmen lies, um ihre Beschäftigten vor der Einstrahlung durch Mobilfunkmasten zu schützen. Wir fordern, dass Sicherheitsabstände zu Kin-



dergärten und Schulen eingehalten und eine integrierte Netzplanung gegen den Antennenwildwuchs und zum Schutz der Bevölkerung gemacht wird. SÖS wird Ihre Initiative zum Anlass nehmen, bei Baubürgermeister Hahn und OB Schuster vorstellig zu werden. Auch werden wir die Kinderbeauftragte der Stadt Stuttgart, Roswitha Wenzl in die Angelegenheit einbinden."

Es ist an der Zeit, dass der unkontrollierte Antennenbau in Stuttgart aufhört und die Stadt Stuttgart die Initiative für eine Netzplanung ergreift, um die Strahlenbelastung, die in manchen Stadtteilen extrem hoch ist, zu minimieren.

www.der-mast-muss-weg.de

An der Fahrbücherei darf nicht gespart werden!

**„Max“ rollt – wir sind begeistert!
„Moritz“ soll stehen bleiben?**

Wir sind empört!

Die Fahrbücherei mit ihren zwei Bücherbussen versorgt Stadtteile ohne Stadtteilbibliothek. Und ebnet damit vor allem denen den Weg zum Buch, für die der Weg in die zentralen Bibliotheken beschwerlich ist.

Das wird durch den von OB Schuster und Finanzbürgermeister Föll eingeschlagenen Sparkurs gefährdet: Der zweite Bücherbus der Fahrbücherei droht, dem Rotstift zum Opfer zu fallen. Fordern Sie mit uns und mit vielen Bürgerinnen in den Stadtteilen: Diese hervorragende Einrichtung darf nicht angetastet werden! Schreiben Sie E-Mails und Briefe an OB Schuster und Finanzbürgermeister Föll und Leserbriefe an die Stuttgarter Presse.

Beide Bücherbusse müssen den Bürgern im Stadtteil erhalten bleiben!

(Pressemitteilung von SÖS/LINKE, 07.10.2009)

Stuttgarter Aktionen zur Weltklimakonferenz in Kopenhagen

Vom 7. bis 18. Dezember 2009 findet in Kopenhagen die für die weitere Entwicklung entscheidende Weltklimakonferenz statt. Alle an Themen der Klimaentwicklung und des Klimaschutzes arbeitenden Wissenschaftler sind sich darin einig, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre gegenüber der vorindustriellen Zeit keinesfalls einen Wert von + zwei Grad Celsius überschreiten darf, wenn es nicht zu katastrophalen Folgen kommen soll. Ob diese Begrenzung reicht, ist unsicher, ob sie durch rasche, konsequente Maßnahmen noch einzuhalten sein wird, ist mehr als fraglich.

Fest steht, dass die Weltklimakonferenz zu Ergebnissen kommen muss, die den CO₂-Ausstoß weltweit um mehr als 50% gegenüber dem Basisjahr 1990 senken. Angesichts der derzeitigen Entwicklung in den

Schwellenländern China, Indien, Brasilien etc., bedeutet das für die Industrienationen die zwingende Notwendigkeit einer Reduzierung um wohl mehr als 90%.

Wir wollen als Klima- und Umweltbündnis Stuttgart die schon im Vorfeld zu erwartende erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für unser Thema nutzen. Dazu ist geplant: Am 1. Dezember 2009 findet im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses eine Veranstaltung statt, bei der wir zum einen über Ursachen und Fakten des Klimawandels aufklären und zum anderen von kompetenter Seite vorstellen lassen werden, wie eine Großstadt sich ihrer Verpflichtung zur CO₂-Reduzierung durch entsprechende Maßnahmen stellen muss.

Es soll eine Resolution mit konkreten Forderungen an Verwaltung und Gemeinderat

der Stadt Stuttgart besprochen und verabschiedet werden.

Kurz vor oder parallel zum Weltklimatag in Kopenhagen soll auch in Stuttgart eine größere öffentliche Aktion stattfinden, um auf die katastrophale Bedrohung unserer Lebensgrundlagen hinzuweisen, sollten nicht sofort Maßnahmen zur massiven Reduzierung der CO₂-Emissionen umgesetzt werden. Wir wollen ein möglichst breites Bündnis von Teilnehmern gewinnen, um mit kreativen, phantasiereichen Aktionen ein Höchstmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit zu erreichen. Über Ort, Zeit und geplante Inhalte informieren wir auf der Homepage www.kus-stuttgart.de.





Bürgerkompetenz ins Rathaus

Stuttgarter Demokratie-Ratschlag „Recht auf Stadt“

Mitten in der Zeit der Haushaltsberatungen der Stadt Stuttgart ...

... zum Doppelhaushalt 2010/2011 treffen sich Stuttgarter Bürgerinnen, Bürger und Bürgerinitiativen zum 3. Kommunalen Demokratie-Ratschlag.

Sie beraten, welche Schwerpunkte sie setzen wollen, wie ihre zukunftsfähige, nachhaltige Stadt aussehen soll und welche Ideen und Vorstellungen sie von einem zukünftigen „alternativen“ Haushalt haben. Die Stadtstruktur wird immer mehr der Kontrolle der Bürger und Bürgerinnen entzogen, wie wir an geplanten Großprojekten und dem Verkauf der städtischen Infrastruktur erfahren haben.

Fragen: Was nehmen wir hin? Was brauchen wir wirklich?

Workshops zu den Themen Verkehr / Mobilität in Stuttgart, Klimaschutz in Stuttgart mit neuen Stadwerken? Armut/Reichtum in Stuttgart, Informationsfreiheit / kommunale Demokratie.

Alle interessierten Stuttgarter Bürger und Bürgerinnen sind herzlich eingeladen. Machen wir das Rathaus zum Forum lebendiger Demokratie und Transparenz.

Freitag, 6. November 2009, 18.30 Uhr, Rathaus Stuttgart, großer Sitzungssaal, 3. Stock

Infostände der veranstaltenden Bürgerinitiativen ab 18.00 Uhr, Ende gegen 21.30 Uhr

Hotel Silber:

DIE ZEIT über Stuttgarts Abrissfanatiker: „Stuttgart erblindet“

DIE ZEIT vom 10.09.2009

Manche Städte haben ein Gedächtnis, Stuttgart hat einen Komplex. Oder besser: Es will sich unbedingt einen Komplex bauen, ein neues Verwaltungs- und Shoppingzentrum inmitten der City, für das vieles abgerissen werden soll, auch das ehemalige Hotel Silber. Dieses Hotel steckt voller Erinnerungen, es war sechs furchtbare Jahre lang die Zentrale der Gestapo, viele Gegner der Nationalsozialisten wurden hier eingesperrt, gefoltert, ermordet. Doch

das scheint Land und Stadt nicht zu kümmern. Während Berlin, Köln, Nürnberg, selbst München mit Gedenkstätten an ihre NS-Geschichte erinnern, übt sich Stuttgart in kaltem Pragmatismus: zu teuer, zu umständlich, zu aufwendig sei es, das Hotel Silber zu erhalten. Außerdem: Was sei an dem Bau denn noch authentisch, alles neu verputzt! Tatsächlich hat die Stadt, der das Gebäude lange gehörte, viel dafür getan, den inneren Kern möglichst geschichtstreu

zu desinfizieren. Doch mit denselben Argumenten könnte Stuttgart auch das nahe gelegene Alte Schloss abreißen, an dem so gut wie nichts mehr original ist. Nein, wenn Land und Stadt nur wollten, wenn ihr Komplex sie nicht blind machen würde, könnten sie das Hotel Silber erhalten. Und würden nicht, wie jetzt vorgeschlagen, im Neubau irgendwelche sterilen Gedenkräume ausweisen, sondern den Ort als Ort erhalten, als Gedächtnisraum inmitten des Vergessens."

Wasser zurück in kommunale Hand! Wir brauchen wieder Stuttgarter Stadtwerke.

Wasser ist Leben. Ohne Wasser gibt es kein Leben auf der Erde. Wasser ist nicht ersetzbar. Wasser als unser aller Existenzgrundlage darf uns nicht aus der Hand genommen und einem Konzern zur Profitwirtschaftung übergeben werden. Dazu hat kein Politiker das Recht. Aber das genau ist in Stuttgart passiert, auch unsere Energieversorgung wurde komplett an die EnBW verkauft.

Das derzeit laufende Bürgerbegehren „100-Wasser“ wird zu Ende geführt – auch wenn verschiedene Parteien im Gemeinderat versichern, sie wollten das Netz zurückkaufen. Noch wurde kein einziger Beschluss gefasst. EnBW als Betreiber ist nicht hinnehmbar, denn der Betrieb wäre nicht demokratisch kontrollierbar. Betreiber muss die Stadt sein, das Bürgerbegehren schreibt das fest.

Das Bürgerbegehren „100-Wasser“ ist ein konkreter Anfang für den Wiederaufbau von Stuttgarter Stadtwerken. Selbst kleine Kommunen haben in den letzten Jahren Stadtwerke gegründet und schafften eine krisenfesteste Wirtschaftsgrundlage für ihre Stadt. Das kann auch Stuttgart! Dringende soziale und ökologische Projekte können finanziert werden.

Stuttgarter Stadtwerke ohne EnBW, denn die EnBW

- zieht uns das Geld aus der Tasche, verlangt bundesweit mit die höchsten Strom- und Gaspreise
- zerstört über Kohle und alte Atomkraftwerke unsere Umwelt und macht uns krank
- verhindert effiziente dezentrale und erneuerbare Energieerzeugung

Unsichtbar bestimmt der Energiekonzern unser Leben. Angesichts der Tatsache, dass EnBW zu 45% dem größten Atomkraftwerk-Betreiber der westlichen Welt, der Électricité de France S. A. gehört und dieser die Voraussetzungen schafft für die geheimen Atomwaffen der Französischen Streitkräfte Force de frappe / „Force de dissuasion nucléaire de la France“, müssen wir erkennen, dass grundsätzlich die Interessen konträr sind. Das ureigenste Interesse der Stadt Stuttgart ist berührt! Gewerbesteuer und Arbeitsplätze stehen zur Disposition. Nicht überflüssige, teure Spielereien wie S21 sind das Gebot der Stunde, sondern Stadtwerke, die unsere Grundversorgung sichern. Wir machen Baden-Württemberg zum Musterland – jedoch ohne EnBW!
www.unser-aller-wasser.de

Bundestagswahl: S 21 abgewählt!

Nehmen wir das Stuttgarter Ergebnis von CDU, SPD, FDP, so haben die drei S 21 Befürworter an Stimmen verloren: 59 667 Erststimmen, 27 781 Zweitstimmen. Dagegen haben die K 21 Befürworter GRÜNE und LINKE dazu gewonnen: 46 405 Erststimmen, 20 596 Zweitstimmen. Die Stuttgarter Zeitung liegt falsch, wenn sie dies als Votum für Stuttgart 21 interpretiert. Die entscheidenden Stuttgart 21 Befürworter CDU und die Mister-Stuttgart-21-Partei SPD wurden empfindlich abgestraft. Übrigens: gerade mal 35 % der Stuttgarter Wahlberechtigten haben für Schwarz-Gelb votiert.

Stuttgarter Künstler protestieren gegen die Streichliste der Stadt

Vor dem Hintergrund der Kürzungen und Stagnationen im Kulturbereich, den aktuell drohenden Reduzierungen städtischer Zuschüsse, den Diskussionen um die Abschaffung der Geisteswissenschaften an der Uni Stuttgart oder den kontroversen Debatten um „Stuttgart 21“, ging e-stuttgart.org im September 2009 online: Um die kulturpolitischen Zustände in dieser Stadt auf breiter Ebene zu diskutieren und auf vielfältige Weise in Aktion zu treten. www.e-stuttgart.org

Künstler rufen zum Protest gegen den kulturellen Kahlschlag:
ART PARADE · Kultur macht mobil!
Donnerstag, den 19. November 2009
im Laufe des Nachmittags

(Näheres aus der Presse)

SPD: nichts gelernt!

In Berlin rollen Köpfe (na ja, Steinmeier's noch nicht, aber sonst ...), die Ute Vogt tritt vom Landesvorsitz zurück („Niederlage ohne Tabus diskutieren“), aber Andreas Reißig, Kreisvorsitzender, sieht keinen Grund, zurück zu treten. Mensch, Genosse Reißig, 19,8 % in Stuttgart! Und was lernt die SPD-Fraktion im Gemeinderat daraus? Sie lernt daraus ein „Weiter so“ und stimmt fleißig mit der CDU, FDP und den Freien Wählern. Besser kann die angebliche „neue Mehrheit“ im Gemeinderat nicht konterkariert werden.

Die Stuttgarter Initiative „Reiche Stadt – Arme Kinder – Arme Jugend“ meint: Die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen hat Vorrang!

In Stuttgart beziehen über 40 000 Menschen Arbeitslosengeld II – darunter 6 842 Familien mit Kindern unter 15 Jahren (Statistische Angaben aus 2008). Nicht einberechnet sind die Jugendlichen über 15 Jahre und alle die Kinder, deren Eltern so wenig verdienen, dass sie eine Aufstockung vom Sozialamt brauchen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich Armut. Deshalb hat sich im Januar 2008 die Initiative „Reiche Stadt – Arme Kinder – Arme Jugend“ gegründet. Ihr Ziel ist es, die Stadt Stuttgart in die Pflicht zu nehmen.



Allen Kindern gleiche Bildungschancen!

In den Hartz IV Geldern, den so genannten Regelsätzen für Kinder und Jugendliche sind für Bildung 0,00 Euro vorgesehen. Für „Schreibwaren im Allgemeinen“ sollen 1,98 bzw. für die über 14-jährigen 2,26 Euro ausreichen: damit kann man höchstens einen Ordner oder Bleistifte kaufen. Deshalb lautet die Forderung an den Gemeinderat: einen Bildungsfonds einzurichten, aus dem für die Einschulung 150 Euro und für jedes Schuljahr 100 Euro an arme Kinder ausbezahlt wird!

Bildung darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen!

Den aktuellen Haushaltsberatungen des Gemeinderats liegt eine sogenannte „Giftliste“ vor: Schulsanierung nur da, wo Dächer einzustürzen drohen, Erhöhung der Essenspreise an den 11 Ganztagschulen, Abschaffung des Studi-Tickets, Schließung der Büchereien während der Schulferien ... Sind alle Erkenntnisse zur Bildung vergessen? Teilhabe an Sport und Kultur, ein gesundes, kostenloses und pädagogisch betreutes Mittagessen an allen Schulen, genügend Räume mit guter Ausstattung – das sind im Grunde Selbstverständlichkeiten. Nicht so für OB Schuster, der zwar gerne von der „kinderfreundlichen Stadt“ spricht, jedoch lieber an seinem Prestigeobjekt „Stuttgart 21“ festhält oder die Erhöhung der Gewerbesteuer nicht für „angebracht hält“. Es ist deshalb auch nicht überzeugend, wenn Kämmerer Föll und in seinem Gefolge die Stuttgarter Zeitung über die „misslichen Finanzlage“ jammern und behauptet wird, dass die „neu gewählten Volksvertreter nichts daran ändern könnten“.

(Stuttgarter Zeitung, 09.10.2009)

Im Gegenteil! Die Initiative „Reiche Stadt – Arme Kinder – Arme Jugend“ bekräftigt ihre Forderungen an die Gemeinderäte:

- Für alle Schüler in Stuttgart mit wenig Geld: einen Bildungsfonds
- Kostenloses Mittagessen an allen Schulen
- Frühe Förderung (bereits in den Kitas)
- Kleinere Klassen
- Kostenlose Nachhilfe mit Fachkräften
- Freie Fahrt für Bildung

(Kontakt: g.vomhof@gmx.de)

SÖS Mitteilungsblatt kostenlos online abonnieren.

Auf der Homepage www.s-oe-s.de finden Sie alle Ausgaben unter „Downloads/SÖS-Mitteilungsblatt“. Um dies zu abonnieren klicken Sie auf den Button mit der Aufschrift „SÖS Mitteilungsblatt abonnieren“ auf der rechten Seite und folgen Sie den Anweisungen.

Umgehend erhalten Sie eine Mail, durch die Sie dann Ihr Abonnement nochmals bestätigen. Bei jeder neuen Ausgabe, in der Regel monatlich, werden Sie durch ein Mail benachrichtigt. Sie klicken einen Link in der Mail an und die Ausgabe erscheint zum Download und Ausdrucken auf Ihrem Bildschirm.

Das Mitteilungsblatt können Sie auch als gedruckte Ausgabe bestellen bei: SÖS, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, oder im SÖS Büro im Rathaus abholen.

Impressum:

SÖS im Oktober – Mitteilungsblatt der SÖS-Gemeinderäte und BürgerInitiativen
Parteifreies Bündnis, Stuttgart Ökologisch Sozial
Verantwortlich i.S.d.P.: Hannes Rockenbauch, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Telefon 0711/216-1950, hannes.rockenbauch@stuttgart.de